

III-1442 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 9. Juli 1971 No. 763/3

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr.KRAINER, FRODL, NEUMANN
und Genossen
an den Bundesminister für Verkehr
betreffend Vergebührungen der Ferngespräche von Stainz nach
Graz

Bürgermeister Vet.Rat Dr. Neubauer hat namens der Marktgemeinde Stainz bei den zuständigen Stellen vielfältige Bemühungen unternommen, eine Wiederherstellung der Tarifsituation vor Einführung des Selbstwählverkehrs herbeizuführen.

Seit Einführung des Selbstwählverkehrs wird nämlich eine Vergebührungen der Ferngespräche nach dem Tarif II vorgenommen, obwohl nach Meinung der Marktgemeinde bis zu einer Entfernung von 25 km der Tarif der Zone I in Anwendung zu bringen wäre.

Die Post- und Telegraphendirektion für Steiermark hat in diesem Zusammenhang dem Herrn Bürgermeister mitgeteilt, daß nach Entscheidung der Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung eine Änderung der Fernzone von Stainz nach Graz - und das wäre die Voraussetzung für die Vergebührungen nach Tarif I - aus Gründen der bundeseinheitlichen Behandlung gleicher Tatbestände nicht zulässig ist.

Nach neuerlichen Bemühungen hat die Post- und Telegraphendirektion für Steiermark folgende Lösungsmöglichkeit vorschlagen: Eine Endamtsverzonung zwischen dem Verbundbereich Deutschlandsberg und dem Verbundbereich Graz-Süd, zu welchem auch die Stadt Graz zählt, würde nur dann möglich sein, wenn die sehr hohen Kosten dafür nicht von der Postverwaltung getragen werden müßten. Überdies brächte diese Querverbindung

- 2 -

im Bezirk Deutschlandsberg für die Ortschaften St.Oswald o.E., Eibiswald, Pölfingbrunn, Schwanberg usw. einen Nachteil bei Ferngesprächen in dem Verbundbereich Graz-Süd, weil in diesem Fall die Entfernung der einzelnen Endpunkte des Ferngesprächs zur Verrechnung gelangen, bisher jedoch bei Gesprächen zwischen den Verbundbereichen nur die Entfernung zwischen den Zentralorten berechnet wird.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgende

A n f r a g e:

- 1) Sind Sie bereit, Herr Bundesminister, seitens Ihres Ministeriums die hohen Kosten der vorgeschlagenen Endamtsverzonung übernehmen ?
- 2) Sind Sie weiters bereit, Herr Bundesminister, gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, daß durch eine solche Regelung, die den Teilnehmern im Bereich Stainz zugute kämen, die anderen angeführten Ortschaften im Bezirks Deutschlandsberg nicht benachteiligt werden ?